

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 19, 19. September 2002

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 / 611 62 49
E-Mail: info@apabz.de

Einblicke

Glückwünsche

Von Helmut Lölhöff

Auch wir gratulieren zwei Preisträgerinnen: Iris Berben und Anetta Kahane. Die eine bekam den Leo-Baeck-Preis, die andere den Moses-Mendelssohn-Preis. Beide Frauen wurden geehrt für ihr Eintreten und Auftreten gegen den Rechtsextremismus.

Mit 17 begann sich Iris Berben mit der deutschen Vergangenheit und den Verbrechen der Deutschen an Juden zu beschäftigen – Themen, die an der Schule damals ausgespart wurden. Sie war fasziniert von Israel, das Land ließ sie nicht mehr los. Seit vielen Jahren steht die Schauspielerin mit an der Spitze, wenn es darum geht, Gesicht gegen rechts zu zeigen. Sie unterstützt die Aktion weltoffenes Deutschland, mischt sich ein, meldet sich zu Wort. Ihr Wirken ist vorbildlich, nicht zuletzt wegen ihrer Resonanz.

Anetta Kahane war erste Ausländerbeauftragte Ost-Berlins und gründete die Amadeu-Antonio-Stiftung, benannt nach einem 1990 in Eberswalde von Rechten erschlagenen Angolaner. Mittlerweile hat sie ein Netzwerk interkultureller Verständigung und Erziehung und gegen rechte Gewalt aufgebaut. Als im Herbst 2000 nach Übergriffen auf Synagogen der „Aufstand der Anständigen“ ausgerufen wurde, steuerte Anetta Kahane die inhaltliche Beratung zu dem vom Bundesjugendministerium gestarteten Civitas-Programm bei. Sie ist das Zentrum des Netzes, eine gefragte Persönlichkeit, eine kompetente Fachfrau mit weiter Ausstrahlung.

Beide haben auch Rückschläge und Enttäuschungen erlebt. Aber sie wissen, dass es viele gibt, die an ihrer Seite stehen. Die rot-grüne Bundesregierung gehört dazu. Erstmals hatte sie in einem Wahlprogramm den Kampf gegen Rechtsextremismus nach ganz oben gestellt. Auch wenn nicht alle Wünsche erfüllbar waren: Unübersehbar ist, dass sich eine ganze Regierung ernsthaft um das Thema kümmert. Hoffentlich bleibt das so.

Wachsame Demokraten

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse wendet auch im Wahlkampf viel Zeit für Gespräche mit Minderheiten auf.

Seite 3 ■

Hauen und Stechen

Die Schill-Partei zeigt sich von internem Hickhack, Postengerangel und Ausschlussdrohungen gebeutelt.

Seite 4 ■

Haiders Machtspielchen

Der Ex-FPÖ-Chef hat seine Rückkehr durch seinen erneuten „Abschied“ von der Bundespolitik – vorerst – widerrufen.

Seite 5 ■

Kursschwankungen

Bei der rechtsextremen Mégret-Partei in Frankreich kriselt es gewaltig, zahlreiche Kader sind bereits ausgetreten.

Seite 6 ■

Preise gegen rechts

Zwei Frauen – Iris Berben und Anetta Kahane – werden für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus ausgezeichnet.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Böse Sprüche**

„Nicht wahlentscheidend.“ Mit dieser kaltblütigen Einschätzung wurde in der Union (siehe „Süddeutsche Zeitung“ vom 5.9.2002) die neue Nazi-Entgleisung Helmut Kohls weggebügelt. Was der Ex-Bundestagskanzler mit seinem publik gewordenen Vergleich zwischen Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und dem ehemaligen Reichstagspräsidenten Hermann Göring angerichtet hat, müsste der Historiker Kohl eigentlich erkennen. Es ist ihm aber offensichtlich gleichgültig. Warum sonst drückte er sich um eine von ihm verlangte und erwartete Entschuldigung? Warum wich er aus und zog statt dessen über die Journalisten her, die seine in kleinem Kreis gefallene Äußerung aufgeschnappt und veröffentlicht hatten?

Unter Journalisten gilt ein ungeschriebener Kodex: Was Politiker in geselligen Runden in Restaurants von sich geben, wird nicht berichtet. Dagegen verstieß „Der Spiegel“, als er ein Kohl-Zitat verbreitete, das im Bundestags-Restaurant vom Nebentisch mitgehört wurde. „Das ist der schlimmste Präsident seit Hermann Göring“, hatte Kohl gelästert und Wolfgang Thierse gemeint. Dementiert hat er nicht.

Ausgerechnet im Reichstagsgebäude, wo Spitzen-Nazi Göring, der schon an der Beseitigung der Weimarer Republik mitgewirkt hatte, das Parlament im Sinne der NS-Diktatur schurigelte! Josef Felder, einer der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatten, erinnert sich in seinem Buch „Warum ich NEIN sagte“, wie Göring „in großer Gala“ vom Präsidentenplatz aus die SPD einschüchterte: „Ruhe! Jetzt rechnet der Führer ab.“

Und ausgerechnet Thierse! Einer, der zu jenen Menschen aus der DDR gehörte, die die SED-Diktatur überwinden halfen. Einer, der ständig und standhaft dem Rechtsextremismus entgegentritt, der aufklärt und glaubwürdig diejenigen repräsentiert, die sich stark machen, um die rechten abzuwehren. Einer, der das Parlament fair und demokratisch leitet.

Kohl durfte so etwas nicht sagen. Normalerweise hätte er dafür eine Rüge des Ältestenrats des Bundestags eingefangen. Doch es war Wahlkampf und

da wird nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt. Durfte „Der Spiegel“ aber das üble Zitat, vom unwissend belauschten Urheber weder bestätigt noch erläutert, drucken? Ja, er durfte ausnahmsweise. Denn es gehört zum Beruf des Journalisten, öffentlich zu machen, was von Bedeutung ist. Und Kohl ist ebenso wie als illegaler Spendensammler und Schwarzgeldkassierer auch mit seinen Sprüchen ein Wiederholungstäter. Hatte er doch schon am 27. Oktober 1986 im Interview mit „Newsweek“ den damaligen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow in einem Atemzug mit Hitlers Propagandachef Goebbels genannt: „Gorbatschow ist ein moderner kommunistischer Führer, der etwas von Public Relations versteht. Goebbels (...) war auch ein Experte in Public Relations.“ Entweder ist Kohl also uneinsichtig oder böswillig. Auf jeden Fall sind seine Vergleiche Dokumente für Geschichts- und Verantwortungslosigkeit, wie der SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder zu Recht anmerkte.

Der „blick nach rechts“ hat sich schon öfter mit sprachlichen Ausrutschern und Entgleisungen dieser Art befassen müssen und wiederholt darauf hingewiesen, welchen Schaden unüberlegte Ausdrücke und Vergleiche anrichten können. Auch Willy Brandt war am 12. Mai 1985 während einer Fernsehdiskussion („Bonner Runde“) mit Kohl ausgerastet und hatte den damaligen CDU-Generalsekretär Heinrich Geißler beschimpft: „Ein Hetzer ist er, seit Goebbels der schlimmste Hetzer in diesem Land.“ Und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ludwig Stiegler, fiel neulich durch einen in seiner drastischen Formulierung überzogenen Vergleich der CDU mit Vorläuferparteien auf.

Egal, wer Demokraten und Demagogen in einen Topf wirft und ganz gleich, aus welchen Motiven: Höchste Vorsicht und besondere Feinfühligkeit bei der Wortwahl sind angebracht.

Auszug aus einem Leserbrief des früheren Bundestags-Vizepräsidenten Burkhard Hirsch (FDP) an die „Süddeutsche Zeitung“ (5.9.2002): „Helmut Kohl ist nicht irgendwer. Aber er tut alles dafür, bald nur noch irgendwer zu sein. Er ruiniert sein Ansehen. ... Ich möchte nicht, dass der Präsident des Deutschen Bundestages mit einem nationalsozialistischen Kriegsverbrecher verglichen wird. Und ich möchte, dass der Abgeordnete Kohl sich seiner Verantwortung entsprechend verhält – oder sich aus der Öffentlichkeit zurückzieht.“

Helmut Lölhöfel

Demokratische Initiativen

Wachsam bleiben

Wolfgang Thierse engagiert sich im Wahlkampf besonders gegen Ausländerfeindlichkeit. Sein Idealbild ist das einer toleranten, weltoffenen, bunten Stadt.

Wäre die „Galerie am Wasserturm“ in der Berliner Rykestraße doppelt so groß gewesen, hätten die Plätze trotzdem nicht gereicht, als der SPD-Kandidat für den Wahlkreis 77, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, zu seinem Treffen mit dem aus den USA stammenden Rabbiner Joshua Spinner eingeladen hatte. Die Fülle mag nicht unbedingt typisch für Wahlveranstaltungen sein, aber es war auch alles andere als ein „gewöhnlicher“ Wahltermin, was da nicht zufällig am symbolträchtigen 11. September stattfand und mit Worten und Minuten des Gedenkens begann.

Für die meisten im Kiez – dem früheren Stadtbezirk Prenzlauer Berg – war es die erste Begegnung mit dem Rabbiner, der im Auftrag der Lauder Foundation, einer Hilfsorganisation für den Wiederaufbau jüdischer Gemeinden in Osteuropa, das Lehrhaus in der Rykestraße mitten in Prenzlberg leitet. Dort werden junge jüdische Lehrer und Erzieher aus verschiedenen deutschen Städten im Studium der Thora, in den jüdischen Religionsgesetzen, in der hebräischen Sprache unterwiesen. Da das aber kein Schild an der Tür verrät, rätselten viele, was in dem großen Haus mit der roten Backsteinfassade geschieht.

Unser jüdischer Nachbar – das war ein Thema voller angenehmer Überraschungen. Rabbiner Spinner informierte detailliert über den Zweck der Schule, er reagierte positiv auf den Vorschlag, einen Tag der offenen Tür des wie alle jüdischen Einrichtungen polizeilich bewachten und verschlossen anmutenden Hauses zu veranstalten. Erfreut berichtete er, dass seine Mitarbeiter, obwohl zumindest an ihrer Kopfbedeckung, der Kippa, für jeden als Juden erkennbar, in den umliegenden Straßen noch nie behelligt oder beschimpft, sondern immer freundlich behandelt wurden. Dann stellte er einen Lehrer vor – den jungen David Kern, den wohl ersten in Ostberlin geborenen und in einer nicht religiösen jüdischen Familie aufgewachsenen Rabbiner. Der zweifache Vater ist auch einer aus dem Kiez. Hermann Simon, Leiter des Centrum Judai-

cum in der Oranienburger Straße, verriet, dass er schon als Kind die Synagoge hinter dem Lehrhaus – Deutschlands größte – besucht hat und auch jetzt noch dann und wann dort ist.

Als weitere Nachbarn outeten sich in der lebhaften Diskussion Mitglieder des Berliner Jüdischen Kulturvereins, dem Wolfgang Thierse in der Vorwoche einen freundschaftlichen Besuch abgestattet hatte, jüdische Zuwanderer aus den GUS-Staaten, Christen und Nichtchristen. Man sprach über das Zusammenleben, den interreligiösen Dialog, die Toleranz, Gemeinsamkeiten und Trennendes, man schimpfte über Jürgen Möllemanns Ausfälle und noch mehr über die fehlende Distanzierung Guido Westerwelles ihm gegenüber, man fragte und man lachte auch. Es entstand eine Atmosphäre der Vertrautheit, in der Thierse den längsten Beifall für das an seine Wiederwahl geknüpfte Versprechen erhielt, solche Zusammenkünfte zur Dauereinrichtung zu machen.

Höchst zufrieden über die Veranstaltung äußerte sich der Bundestagspräsident anschließend auch in einem „blick nach rechts“-Interview. Auf die Frage, warum er in seinem immerhin doch von Schleswig-Holstein bis zum Bodensee reichenden Wahlkampf so viel Zeit für Gespräche mit Minderheiten, zum Beispiel den jüdischen Mitbürgern, und für Themen wie Ausländerfeindlichkeit angewendet hat, ob es dafür besondere Gründe wie etwa eine ernstzunehmende rechtsextremistische Gefahr im Wahlkreis gibt, erwiderte Thierse:

„Rechtsextremismus, ausländerfeindliche Gewalt und Antisemitismus sind kein spezifisch ostdeutsches Problem und auch kein besonderes in diesem Wahlkreis. Aber es gibt so etwas auch bei uns. Als Demokraten müssen wir wachsam und engagiert sein. Die Zunahme ausländerfeindlicher Ressentiments, Einstellungen und Vorurteile müssen wir verhindernd bekämpfen. Das ist eine Aufgabe, die wir vor allem gegenüber der Jugend haben, die noch formbar ist, aber eine Aufgabe nicht nur der Politik, sondern auch der Familie, der Schule, der gesellschaftlichen Öffentlichkeit insgesamt. Berlin soll eine tolerante, weltoffene, bunte Stadt sein, in der unterschiedliche Menschen ohne Angst friedlich miteinander leben können. Das ist mein Idealbild dieser Stadt.“

Veranstaltungen wie diese zähle er zu den Höhepunkten im Wahlkampf. Hier erfahre er wirklich spürbare Solidarität, Freundlichkeit und Ermunterung.

Ralf Bachmann

Grauzone**„Die neue Kraft“**

In der Schill-Partei herrschen Hauen und Stechen, gegenseitige Schuldzuweisungen und Ausschlussdrohungen vor.

„Mit Sicherheit Schill“: Die Wahlkampflosung der Partei Rechtsstaatliche Offensive zierte zwar noch immer den Briefkopf ihres Münsteraner Ortsverbands. Etwas weiter unten aber ging's dann ganz anders zur Sache: „Ausschlussverfahren gegen Ronald Schill gefordert“, verkündete die Überschrift einer Pressemitteilung vom 30. August. Rene Schneider, Bundestagskandidat und laut Briefkopf Vorsitzender der Partei in Münster, hat das Vertrauen in seinen Parteichef nach dessen Bundestagsrede offenbar gründlich verloren. Einen „schamlosen Missbrauch seines Rederechts“ hält er ihm vor. „Sich selbst, seine Heimatstadt Hamburg und alle Parteimitglieder“ habe er „gnadenlos blamiert“, seiner Partei und ihrem Ansehen schweren Schaden zugefügt. Der Ortsverband Münster werde daher beim nächsten Bundesparteitag den Antrag stellen, Schill aus der Partei auszuschließen.

Ob er das tatsächlich können wird, ist eine andere Frage. Schneider, so ließ die Schill-Zentrale in Hamburg ihrerseits per Presseinformation verlauten, sei schon Tage vor der Bundestagsrede aus der Partei ausgeschlossen worden. Er dürfe sich daher gar nicht länger als Vorsitzender des Ortsverbands Münster ausgeben. Als Begründung für den Ausschluss ist ganz allgemein von „parteischädigendem Verhalten“ die Rede. „Mit Rücksicht auf Herrn Schneider“ würden Details nicht mitgeteilt. Ein in der Pressemitteilung zitierter Anonymus aus der Partei hofft, dass damit wieder Ruhe einkehrt in Münster: „Wir können uns nicht vorstellen, dass er ein Interesse an einer öffentlichen Diskussion über dieses Thema hat.“ Doch ruhig wird es nicht. Schneider, der sich weiter „Ortsverbandsvorsitzender und Spitzenkandidat (Landesliste Saarland, Platz 3)“ nennt, antwortet, sein Ausschluss sei unwirksam. Und das gelte auch für alle früheren Ausschlüsse und die noch laufenden Verfahren, zum Beispiel gegen den ehemaligen Schill-Landesbeauftragten für Nordrhein-Westfalen, Dieter Mückenberger.

So ist ein weiteres Gerangel um Posten und Pöstchen, Mitgliedschaften und Ausschlüsse zu erwar-

ten – ein Phänomen, das auch bei früheren Parteigründungen rechts von der CDU zu bestaunen war. Auch der Jargon ist bekannt: Seine Gegner in Münster seien „U-Boote“, schillt Schill. Bei der Gründungsversammlung seiner schleswig-holsteinischen Filiale forderte er: „Stopfen Sie den Querulanten das Maul.“

Dabei lodert es im größten Bundesland längst nicht nur in Münster. Schon als Ende Juni die Schill-Anhänger aus Nordrhein-Westfalen ihre Landesliste aufstellten, lieferten sie sich eine „Nominierungsveranstaltung mit Hauen und Stechen, ‚Verhören‘ und Ausschlussdrohungen“, berichtete die „Westfälische Rundschau“. Hier und da suchten inzwischen aus eigenem Antrieb Bundestagskandidaten wieder das Weite. Zum Beispiel im Wahlkreis 139 (Hagen/Ennepe-Ruhr-Kreis I). Oliver Schoof geht freilich nicht, weil es zuviel Schill in der Partei gibt. Im Gegenteil: „Ich bin nach wie vor beken- nender Schill-Fan.“ Er stört sich nicht am Vorsitzen- den, sondern an vielen anderen Mitgliedern: „Leider mussten wir feststellen, dass unsere Partei von dritt- und viertklassigen Politikern anderer Parteien wie SPD, STATT-Partei undsoweiter unterlaufen worden ist.“ Denen gehe es nicht darum, in Deutschland wirklich etwas zu verändern. Statt dessen hätten sie auf den großen Karrieresprung ge- hofft. Schoof: „In dieser Partei gibt es zu wenige Schills und zu viele Traumtänzer.“ Mit ihm ver- ließen zwei Dutzend Mitglieder die Partei, darun- ter zwei weitere Direktkandidaten sowie sieben Vorstandsmitglieder aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis, Dortmund und dem Märkischen Kreis. Schon zu- vor hätten 100 der 1100 Mitglieder im Bundesland ihre Parteibücher zurückgegeben, berichteten die Austretenden. Und auch ihr Klagelied erinnert an andere Rechtsparteien, wenn über gefälschte Pro- tokolle, undemokratisches Verhalten und ungülti- ge Nominierungsveranstaltungen gejammert wird.

Quantitativ mag die Partei die Austritte ver- schmerzen – ließ Parteivize Dirk Nockemann doch gegenüber der „Welt“ verlauten, nach Schills Bun- destagsrede seien binnen weniger Tage mehr als 100 neue Aufnahmeanträge eingegangen. Ob sich das Personal allerdings qualitativ verbessert, darf bezweifelt werden. Auf seiner Wahlkampftournee in Nordrhein-Westfalen sprach Schill die Turbu- lenzen in seiner Partei naturgemäß nicht an. Seine Partei, so sagte er bei seinem Auftritt in Dort- mund, sei „die neue Kraft, die die Altparteien auf- mischt“. Nach Lage der Dinge mischen sie sich aber erst einmal selber auf. *Tomas Sager*

Ausland

Haider's „Putsch“

Nach dem Ende der Wiener Koalition wollen Österreichs Rechtspopulisten gegen die EU-Ost-Erweiterung mobilisieren.

Als Susanne Riess-Passer vor zweieinhalb Jahren den Langzeit-Parteichef Jörg Haider (zumindest offiziell) an der FPÖ-Spitze ablöste, gab sie ihm und den Parteitagsdelegierten zwei Versprechen: 1. Die FPÖ ist und bleibt die Partei Jörg Haider's und 2. „Ich werde Dich nicht enttäuschen“! Seither versuchte Riess-Passer als Vizekanzerin und FPÖ-Obfrau den Spagat zwischen Regierungsarbeit an der Seite des konservativen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel und ihrer Treue zu Jörg Haider. Das FPÖ-Regierungsteam bestand zwar zum Großteil aus ehemaligen Sekretären Haider's aus der Oppositionszeit, doch als Minister mussten sie ihre rechtspopulistische Schulung gegen bürgerliche Respektabilität tauschen. Das gelang vor allem Finanzminister Karl-Heinz Grassner, aber auch der Vizekanzerin von Haider's Gnaden.

Zwar verlor die FPÖ innerhalb von zwei Jahren schwarz-blauer Koalition vier Minister wegen Unfähigkeit, der verbliebene Rest gewöhnte sich jedoch an seine Rolle an den Schalthebeln der Macht. Für den Mentor dieser Koalition, der sich formell als Landeshauptmann (= Ministerpräsident) nach Kärnten zurückgezogen hatte, schien diese Gewöhnung schon zu weit zu gehen, denn immer wieder meldete er sich mit Zwischenrufen aus dem Süden zu Wort. Haider mahnte einen entschiedeneren Kampf gegen Privilegien, mehr Sinn für den „kleinen Mann“ und überhaupt mehr FPÖ-Profil gegenüber dem Koalitionspartner ÖVP ein.

Im Juni bot Haider seiner Nachfolgerin an, wieder die Parteiführung zu übernehmen, um sie „zu entlasten“, weil sie ja ohnehin mit der Koordination der freiheitlichen Regierungsräte genügend beschäftigt sei. Riess-Passer wurde zwar beim FPÖ-Parteitag im Juni mit über 90 Prozent der Delegiertenstimmen (und der deklarierten Unterstützung Haider's) als Parteichefin wiedergewählt, aber dennoch war nicht mehr ganz klar, ob sie noch fest zu ihren ursprünglichen Versprechen stand. Jedenfalls erhöhte Haider seinen Druck auf die FPÖ-Regierungsmannschaft. Als die Regierung angesichts der Hochwasserkatastrophe im August die für 2003

geplante Steuerreform um ein Jahr verschob, aber gleichzeitig am Kauf von Eurofightern (um rund 2 Milliarden Euro) festhielt, kündigte Haider – zum wiederholten Mal – seinen „endgültigen Rückzug aus der Bundespolitik“ an, weil zentrale freiheitliche Wahlversprechen gebrochen würden.

Mit seiner Rückzugsankündigung gab Haider ein Signal an die Parteibasis, für die das FPÖ-Regierungsteam ohnehin schon längst abgehoben agierte und bei der sich angesichts schlechter Umfrageergebnisse (die FPÖ hat seit ihrer Regierungsbeteiligung kontinuierlich verloren) zunehmend Unzufriedenheit breit machte. Einige Leute vom rechten Rand der FPÖ begannen Unterschriften für einen Sonderparteitag unter dem Motto „Steuerreform statt Abfangjäger“ zu sammeln, wobei gleichzeitig auch der Kurs der Regierung bei der EU-Osterweiterung kritisiert wurde.

■ Herbe Verluste in der Wählergunst ■

Nachdem mehr als die Hälfte der freiheitlichen Parteitagsdelegierten den Antrag unterschrieben hatten, rief Haider die Unterzeichner zusammen, um einen „Kompromiss“ zwischen der formellen Parteiführung und der „Parteibasis“ herbeizuführen: dabei wurde unter anderem eine Steuerreform noch im Jahr 2003 verlangt und die Vetodrohung gegen den tschechischen EU-Beitritt erneuert, wenn Prag nicht die Benes-Dekrete abschafft und das Atomkraftwerk Temelin schließt. Außerdem solle sich die FPÖ in der Koalition gegenüber der ÖVP stärker durchsetzen. Dieses „Knittelfelder Papier“ führte zum Rücktritt von Vizekanzerin und Parteichefin Riess-Passer sowie von zwei Ministern und dem parlamentarischen Fraktionschef der FPÖ. Tags darauf kündigte Bundeskanzler Wolfgang Schüssel von der ÖVP vorgezogene Nationalratswahlen für den 24. November an.

Obwohl es in der FPÖ seit 10 Jahren keinen „liberalen Flügel“ mehr gibt und sich auch niemand vom Riess-Passer-Team gegen rechte Sprüche in der FPÖ oder die diversen Haider-Eskapaden öffentlich abgegrenzt hatte, wurden das Treffen von Knittelfeld und der Rücktritt der engsten Vertrauten der Vizekanzerin doch allgemein als „Putsch“ interpretiert, der im wesentlichen vom rechten Rand der FPÖ (die meisten der Rädelsführer kommen aus deutschnationalen, rechtsradikalen Burschenschaften, ihr Wortführer Ewald Stadler war gerade in den vergangenen Monaten durch Aussagen über die

„angebliche Befreiung“ Österreichs durch die Alliierten im Jahr 1945 aufgefallen; s. BnR 15/02) – zumindest mit Duldung, wenn nicht sogar im Auftrag Jörg Haider – ausgegangen ist. Im Ergebnis kam es jedenfalls darauf zur formellen Rückkehr Haider an die Parteispitze – wenige Tage später folgte allerdings sein erneuter Rückzug (innerhalb eines halben Jahres bereits sein 4. „Abschied“ von der Bundespolitik), verbunden mit unterschwelligen Vorwürfen an die freiheitlichen Regierungspolitiker, sie würden den Eurofighterkauf deswegen unterstützen, weil sie „wirtschaftlichen Lobbys“ verpflichtet seien. Es ist durchaus möglich, dass es beim FPÖ-Parteitag am 21./22. September noch Überraschungen geben wird.

■ „Schluss mit dem Schmusekurs“ ■

Der „Anpassungskurs“ in der Regierung hat der FPÖ tatsächlich Verluste in der Wählergunst zugefügt, hatte sie ihre Wahlerfolge doch als populistische Oppositionskraft gegen „die da oben“ eingefahren. Im Jahr 1986 hat Jörg Haider den damaligen Parteichef und Vizekanzler (in einer SPÖ-FPÖ-Koalition), Norbert Steger, gestürzt – und mit seinem rechtspopulistischen Erfolgsrezept „seine“ Partei innerhalb von 14 Jahren von 5 auf 27 Prozent gebracht. Der drohende Absturz hat ihn nun alarmiert, wobei seine Handlungsweisen immer hektischer und kaum noch nachvollziehbar wurden.

Haider wollte in den letzten Wochen eigentlich eine Kurskorrektur innerhalb der Regierung – und war offenbar selbst überrascht, dass die ÖVP so rasch die Koalition beendete. Nun muss die FPÖ innerhalb von zwei Monaten jenes Terrain aufholen, dass sie in den zwei Jahren Regierungsbeteiligung verloren hat. Und das wird bedeuten, dass sie (wieder) einen aggressiven Wahlkampf nach bereits bekanntem Muster führen wird, das Werner Perger in der „Zeit“ so charakterisiert: „Also Schluss mit der Zuwanderung; Schluss mit dem Schmusekurs gegenüber Prag, wie ihn Bundeskanzler Schüssel fährt; Schluss mit der Ost-Erweiterung der EU; Schluss mit den Nettozahlungen und, wenn's sein muss, Schluss mit der EU-Mitgliedschaft.“ Das Ganze natürlich garniert mit Sozialdemagogie nach dem Motto: Steuerreform zugunsten des „kleinen Mannes“. Hans Rauscher hat in der Wiener Tageszeitung „Der Standard“ die jüngsten Entwicklungen in der Partei kurz und treffend zusammengefasst: „Jetzt ist die FPÖ zu sich selbst zurückgekehrt.“ *Adalbert Krims*

Ausland

Schlingerkurs

Die Mégret-Partei in Frankreich ist von Richtungsstreitereien gebeutelt. Mit Vitrolles verliert sie möglicherweise das letzte von ihr regierte Rathaus.

Der MNR (Mouvement national républicain/National-republikanische Bewegung) in Frankreich steht vor einem grundsätzlichen strategischen Problem: Wie soll er sich gegenüber dem erfolgreichen rechtsextremen Konkurrenten, dem Front National, von dem er sich Anfang 1999 abgespalten hatte, und wie gegenüber den Konservativen positionieren? Bisher hatte der MNR versucht, gleichzeitig rechts vom „klassischen“ FN – als Partei, die für die militanten Neonazis offen ist – und „links“ von ihm (als mit den Konservativen bündnisfähige und -bereite Kraft) zu stehen.

Auf der Sommeruniversität des MNR, die vom 29. bis 31. August in der südwestfranzösischen Dordogne stattfand, versuchte Parteichef Bruno Mégret nun die endgültige Kursbestimmung zu klären. Der MNR-Chef sprach in seiner Abschlussrede vom „Bruch mit der extremen Rechten“, und definierte den Standort so: „Der MNR ist eine Bewegung auf der Rechten, der richtigen Rechten, und liegt zwischen der extremen Rechten und der politischen Mitte. Er steht links vom Front National und rechts von der UMP“ – der neuen Einheitspartei der Rechten unter Jacques Chirac. Mégret sprach sich für Abkommen bei Wahlen mit der UMP aus, und kündigte „jenen, die in zweifelhaften Gruppen herumhüpfen“, den Parteiausschluss an. Schließlich sei man um jene bemüht, die „mit den wichtigsten Ideen des FN einverstanden sind, aber ohne den Faschismus, ohne das Spießertum, ohne den Extremismus, ohne die verbalen Exzesse und Ausrutscher, ohne Rassismus und Antisemitismus“. Beim MNR unterscheide man zwischen der „Masseneinwanderung“, die man nicht wolle, und der assimilationsfähigen „guten Einwanderung“, die es – auf individueller Ebene – auch gebe.

Aus der Sicht zahlreicher hoher MNR-Kader war das zu viel. Seit den ersten Septembertagen hat eine erhebliche Austrittswelle aus der Partei stattgefunden, darunter der bisherige MNR-Generalsekretär Frank Timmermans, aber auch eine Reihe von Bezirkssekretären in den Départements. Eini-

ge unter ihnen streben die Gründung einer neuen politischen Organisation an. Auch die Spitze des paramilitärischen Ordnerdienstes der Partei, der DPA, ist weitgehend von Mégret abgefallen. Der DPA-Direktor Claude Cotte ist am 2. September von seinem Amt zurückgetreten, ebenso die DPA-Verantwortlichen in 15 (von insgesamt 22) französischen Regionen.

Die Wahlen des Frühjahrs 2002 hatten den MNR bereits schwer in Mitleidenschaft gezogen. Das zentrale Problem für die Mégret-Partei blieb, dass sie bei der Abspaltung vom FN zwar die aktiven Kader gewonnen hatte, aber nicht das Fußvolk. Vor allem nicht die Wähler. Die Stimmenanteile des MNR bei landesweiten Wahlen folgten so einer Entwicklungslinie von 3,3 Prozent (bei den Europawahlen 1999) über 2,4 Prozent (Mégrets Abscheiden zur Präsidentschaftswahl im April dieses Jahres) hin zu 1,1 Prozent (Parlamentswahl im Juni 2002). Kein Wunder, dass die zentrifugalen Tendenzen in der Partei und die Abgangerscheinungen wachsen.

■ Schnell noch 52 Partei-Aktivistinnen in Lohn und Brot gebracht ■

Ein Teil der ultraradikalen Strömung innerhalb des MNR war bereits im Herbst 2001 mit dem NS-nahen Rassenideologen Pierre Vial ausgetreten, dem die pro-amerikanische und pro-israelische Positionierung des MNR bezüglich der Konflikte im Mittleren Osten missfiel. Ein anderer Teil der Ultraradikalen wurde im Hochsommer dieses Jahres ausgeschlossen, nachdem die militanten Neonazis durch das misslungene Chirac-Attentat vom 14. Juli ins Gespräch geraten waren.

Jetzt droht dem MNR noch weiteres Ungemach, und dieses Mal könnte es tatsächlich an die Substanz gehen. Am 29. September und 6. Oktober muss die Kommunalwahl im südfranzösischen Vitrolles wiederholt werden. Die vorangegangene Wahl im März 2001 war am 29. Juli dieses Jahres vom Obersten Verwaltungsgericht annulliert worden. Anlass dafür war ein anonymes, aber höchstwahrscheinlich aus dem MNR-geführten Rathaus stammendes, diffamatorisches Flugblatt gegen den konservativen Kandidaten Christian Rossi kurz vor dem zweiten Wahlgang. Rossi war darin vorgeworfen worden, eine homosexuelle Vergewaltigung an einem Obdachlosen begangen zu haben. Kein Wort davon war wahr. Das Gericht kam nun zu dem

Schluss, der Wahlausgang sei dadurch „in nicht unerheblicher Weise“ beeinflusst worden.

Die 40 000 Einwohner zählende Vorstadt von Marseille ist die einzige Kommune, die derzeit noch vom MNR regiert wird, nachdem der rechtsextremen Bürgermeister des benachbarten Marignane, Daniel Simonpieri, den MNR verlassen hat. Die Ehefrau des MNR-Präsidenten regiert in Vitrolles seit 1997 als Bürgermeisterin. Ihrem Gatten war wegen Verstößen gegen die Wahlgesetzgebung das passive Wahlrecht auf Zeit entzogen worden. Die politisch eher ahnungslose Catherine Mégret führt daher seit fünf Jahren die Geschicke im Rathaus, als „Strohfrau“ Bruno Mégrets und seines örtlichen Vertrauensmanns Hubert Fayard.

Als letzte Hochburg des MNR ist Vitrolles von überragender Bedeutung für die krisengeschüttelte Partei. Und das nicht nur auf symbolischer Ebene. Denn über die kommunalen Finanzen von Vitrolles wurde bisher ein nicht unwesentlicher Teil des nationalen MNR-Apparats unterhalten. Dies wurde auch vom regionalen Rechnungshof in Marseille moniert, der deswegen im Mai 2002 ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft Marseille hat eröffnen lassen. Das änderte nichts am Verhalten der Mégret-Camarilla: Anfang Juli dieses Jahres wurden 52 MNR-Kader aus ganz Frankreich in den kommunalen öffentlichen Dienst eingestellt, darunter gescheiterte Parlamentskandidaten aus dem Ärmelkanal-Département am anderen Ende Frankreichs. Unter den solchermaßen in Lohn und Brot gebrachten Aktivistinnen befindet sich auch ein gewisser Mario d'Ambrosio, der erst kurz davor – wegen guter Führung, und wegen des Einstellungsversprechens aus dem Rathaus – aus der Haft entlassen worden war. D'Ambrosio war im Juni 1998 wegen Mittäterschaft bei einem rassistischen Mord zu 10 Jahren Haft verurteilt worden. Er gehörte zu den drei Rechtsextremen, die im Februar 1995 in Marseille den 17-jährigen Franzosen komorischer Herkunft Ibrahim Ali erschossen hatten.

Ein bedeutender Teil der Einwohner Vitrolles dürfte mittlerweile genug davon haben, dass ihre Stadt permanent für solche Negativ-Nachrichten sorgt. Doch noch kann die kommunale Opposition sich ein Bein stellen: Intelligenterweise treten die Sozialdemokraten und die Bürgerlichen jeweils mit zwei getrennten Listen, vor allem gegen die Konkurrenten im eigenen Lager an. Aber auch der FN hat eine eigene Liste eingereicht – nur um dem MNR zu schaden.

Bernhard Schmid

Aktivitäten**Lukrative Auftritte**

David Irving nimmt für seine Referate im extrem rechten Spektrum gutes Geld.

Der notorische britische Holocaustleugner David Irving befindet sich wieder auf einer Sprechertour in den USA. Der nach der Prozessniederlage gegen Deborah Lipstadt, Professorin an der Emory University, und den Penguin Verlag klammte Irving versucht mit dieser Tour womöglich seine finanzielle Lage wieder etwas aufzubessern. So betrug der Eigenbeitrag für das vom 30. August bis zum 2. September stattfindende „Real History“-Wochenende in einem Marriott Hotel nahe des Flughafens von Cincinnati, Ohio, satte 410 Dollar (ohne Übernachtungskosten). Erfreuen konnten sich die Teilnehmer an zwei Galadinnern sowie zahlreichen Reden vor allem zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Laut Veranstaltungsprospekt wurden in Cincinnati folgende Fragen behandelt: „Wer steckte wirklich dahinter? Warum taten sie es? Warum kollabierte das World Trade Center so schnell? Und was ist mit den arabischen Briefen, die gefunden wurden?“ Weitere Themen sind wieder einmal der Holocaust und – ein weiterer Favorit der amerikanischen extremen Rechten – die Ermordung John F. Kennedys.

Bereits am 25. August war Irving Stargast in einer höchstwahrscheinlich von der National Alliance organisierten Veranstaltung in Cleveland, Ohio. Die weiteren Stationen der diesjährigen Tour waren Arlington, Texas (4. September), Austin, Texas (5. September), Shreveport, Louisiana (6. September) und New Orleans, Louisiana (7. September). Die Veranstaltung in New Orleans richtete David Dukes European-American Unity and Rights Organization (EURO) aus. Für Mitte November ist ein Auftritt Irvings in Dublin, Irland, angekündigt.

Bereits in der Vergangenheit hatte der neue Anführer der National Alliance, Erich Gliebe, (BnrR 17/02) Auftritte für David Irving organisiert. Bei dieser Gelegenheit lässt sich der Brite, der mittlerweile einen großen Teil des Jahres im malerischen Key West, Florida, verbringt, nicht nur ein stattliches Honorar auszahlen, sondern bewirbt und verkauft auch seine zahlreichen Bücher. Diesmal ist vor allem die neue, überarbeitete Ausgabe von „Hitler's War“ im Angebot. *Thomas Grumke*

Aktivitäten**Nationale Flutopfer**

Rechtsextreme helfen ihren vom Hochwasser betroffenen Kameraden.

„Kriegsopfer sind ja nicht nur die gefallenen Soldaten, sondern zum Beispiel auch jene, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden“, erzählt der Ortsvorsteher in dem kleinen Ort im Erzgebirge. Das Denkmal, welches ausgerechnet am Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen aufgestellt wird, ist den deutschen Soldaten aus den beiden Weltkriegen gewidmet. Nicht weit entfernt wird zwischen den Orten Ansprung und Zöbelitz eine Woche später ein Gedenkstein neu geweiht. Im November 1933 hatte der Erzgebirgszweigverein hier die toten deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges geehrt. Ein neuer Verein gleichen Namens hat dieses Denkmal wieder herrichten lassen und um die örtlichen Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges ergänzt.

Auch nahe der Stadt Riesa, dem Sitz des Deutsche Stimme Verlags, wird man an diesem 7. September an der B 6 mit einem Memorial begrüßt, der dem Andenken „unserer 1914-1918 gefallenen Helden“ durch „Die Gemeinde Meltheuer“ gewidmet ist. Hier findet ein Freiluft-Konzert unter anderem mit „Spreegeschwader“ und „Sleipnir“ zur Unterstützung für die von der Flut betroffenen NPD-Mitglieder statt. So für Winfried Petzold, den sächsischen Landesvorsitzenden, der seinen Wohnsitz in Grimma hat. Oder Uwe Leichsenring, den nicht nur wegen seiner zweistelligen Wahlergebnisse weit über Pirna und die Sächsische Schweiz hinaus bekannten Fahrlehrer. Während sein auf einer Anhöhe liegender Wohnsitz unbehelligt blieb, wurde sein Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen. Dabei hat er für einen Umschüler zu sorgen, das ehemalige Bandmitglied der „14 Nothelfer“, den derzeit wegen Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung Skinheads Sächsische Schweiz vor Gericht stehenden Thomas Sattelberg. 10 000 Euro sollen bei dem Konzert nach Angaben des Veranstaltungsleiters Jens Pühse zusammengekommen sein.

Ab Mitte August hatte die rechte Szene mit ihren Hilfsangeboten von sich reden gemacht. Die Republikaner waren mit einer Gulaschkanone mehrere Tage in Freital, wo sie einen Stadtabgeordneten haben. Der Heimatschutz Chemnitz hatte sich am Wasserschloss Klaffenbach betätigt. *Lukas Kilian*

Verfassungsschutz

„Steilvorlagen“

Bayern und Nordrhein-Westfalen setzen sich in ihren Berichten mit der „Antisemitismusdebatte“ auseinander.

Als „Steilvorlage“ für die Hetze von Rechtsextremen habe sich der Streit zwischen dem nordrhein-westfälischen FDP-Vorsitzenden und dem Zentralrat der Juden in Deutschland entwickelt. Dies hob NRW-Innenminister Fritz Behrens bei der Vorlage des Zwischenberichts für das erste Halbjahr 2002 Ende August in Düsseldorf hervor. Rechtsextreme hätten dadurch die Gelegenheit bekommen, ihre „antisemitischen Positionen öffentlich zu artikulieren und propagandistische Vorteile aus der aktuellen Debatte zu ziehen“, stellen die Verfassungsschützer fest. Besonders die NPD nutzte diese für „medienwirksame Inszenierungen“. Entsprechende Solidaritätsbeteuerungen der NPD gegenüber Möllemann hätten auch zu einem „gewissen Medienwiderhall“ geführt, wird festgehalten.

In „Strategischen Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD“ habe die Partei beschlossen, „Demonstrationen künftig von politischen Kampagnen zu begleiten und mit Bedacht zu organisieren“, heißt es in dem Bericht. Problemlos würde die NPD dabei auch mit Skinheads – „wertvolle junge Menschen, die man für den Aufbau der Volksgemeinschaft gewinnen müsse“ – zusammenarbeiten. Eine „innerparteiliche Krise“ konstatiert die Behörde bei der DVU, da es gerade unter den wenigen Aktivisten des NRW-Landesverbandes etliche Ausschlüsse und Parteiaustritte gegeben habe. Als „weiteres Indiz für den Bedeutungsverlust“ der DVU wird deren Verzicht auf die traditionelle Parteiveranstaltung in Passau in diesem Jahr interpretiert. In einer „schwierigen Phase“ befinden sich die Republikaner, bei denen finanzielle Probleme, eine stark nachlassende Spendenbereitschaft und sinkende Mitgliederzahlen beobachtet werden. Selbst ein Wahlergebnis von 0,5 Prozent bei der Bundestagswahl (1998: 1,8%) – um in den Genuss der staatlichen Parteienteilfinanzierung zu kommen – sei nach Ansicht des Amtes keineswegs garantiert. Immerhin sehen die Verfassungsschützer das Verhältnis zur DVU wieder entspannt. Berichtet wird über den „erfolgreichen Versuch“ einer erneuten Kontaktaufnahme zwischen dem DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey und REP-Chef Rolf Schlierer.

Vielfältig sind nach Erkenntnissen des Landesamtes weiterhin die Kontakte und Zusammenarbeit der „Jungen Freiheit“ mit dem rechtsextremen Spektrum, wobei der NPD-Barde Frank Rennie und das Blatt „Nation&Europa“ angeführt werden.

Bei der Zahl der von Rechtsextremen begangenen – zum Teil sehr brutalen – Gewalttaten vermeldet Bayern in seinem Halbjahresbericht 2002 einen Rückgang auf 11 Vorfälle; für den Berichtszeitraum 2001 waren 72 Gewaltdelikte registriert worden. Überwiegend gehen die Gewalttätigkeiten auf das Konto von rechtsextremen Skinheads, deren Zahl auf 900 (780) angestiegen ist.

Das rechtsextreme Personenpotenzial in Bayern ist leicht rückläufig. Die NPD verfügt noch über 980 Mitstreiter (2000: 1050) einschließlich Junger Nationaldemokraten und NHB-Mitglieder; der Anteil der Neonazis und Skinheads unter den 75 JN-Aktivisten beträgt nach wie vor 40 Prozent. Kräftig Federn lassen musste im Freistaat insbesondere die DVU. Deren Anhängerschaft war zum Ende des Jahres 2001 bereits auf 1600 (minus 200) zusammengeschmolzen und sank im Laufe dieses Jahres laut Angaben des bayerischen Innenministers Günther Beckstein auf 1450 Personen. Stärkste rechtsextreme Partei in Bayern (4000) sind nach wie vor die Republikaner, die sich allerdings nach Einschätzung der Verfassungsschützer in einer „anhaltenden Krise“ befänden und „zerstritten und konzeptionslos“ wirkten.

Weiterhin unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes steht die Burschenschaft Danubia. Über den emeritierten Politologen Hans-Helmuth Knütter (CDU), der in seinem „Gutachten“ die der Danubia vorgeworfenen extremistischen Bestrebungen zu widerlegen versucht, wird angemerkt, dass Knütter sich mit seinen Ausführungen „die Position seines Auftraggebers zu eigen“ gemacht habe.

Auch die bayerischen Verfassungsschützer halten fest, dass das rechtsextreme Spektrum den Streit zwischen dem nordrhein-westfälischen FDP-Vorsitzenden und dem Zentralrat der Juden aufgegriffen habe, „um die eigenen Positionen diskursfähig zu machen“. Die NPD hätte in einer Erklärung „die Tabubrüche des Herrn Möllemann begrüßt“. „Der FDP-Politiker Möllemann ... habe es gewagt, 'als Sprachrohr einer Mehrheit aufzutreten, die sich bezeichnenderweise aus Angst zum Schweigen verdammt fühlt'“, führt der Bericht die DVU an. „Republikaner stärken Möllemann den Rücken“, verkünden die REP, die Friedmans „unablässige Hetzreden“ anprangern.

Gabriele Nandlinger

Demokratische Initiativen**Preise gegen rechts**

Zwei Frauen – Iris Berben und Anetta Kahane – werden für ihr herausragendes Engagement ausgezeichnet.

„Es gibt ... nur wenige Künstlerinnen und Künstler, die sich so dauerhaft, so konsequent und deswegen so glaubhaft für Demokratie und Toleranz einsetzen, wie es Iris Berben seit vielen Jahren tut.“ So beschrieb Bundestagspräsident Wolfgang Thierse am 3. September dieses Jahres die neue Trägerin des Leo-Baeck-Preises während der Verleihung im Festsaal der Jüdischen Gemeinde Frankfurt a.M.

Zwei Tage später erhielt in Berlin die Journalistin Anetta Kahane den Moses-Mendelssohn-Preis des Landes Berlin. Über sie erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Cornelia Sonntag-Wolgast: „Damit finden ihre Verdienste um die Förderung der Toleranz gegenüber Andersdenkenden und zwischen den Völkern, verschiedenen ethnischen Gruppen und Religionen insbesondere im Rahmen ihrer Tätigkeit für die ‘Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule’ Berlin öffentlich Anerkennung und Würdigung.“ Der Berliner Kultursenator Thomas Flierl, der den zum zwölften Mal gestifteten Preis übergab, betonte, „dass Anetta Kahanes Bemühungen um interkulturelle Verständigung und Erziehung, um die Eindämmung von rechtsextremistischer Gewalt und um die Bekämpfung von Rassismus, Jugendgewalt und Intoleranz weithin anerkannt sind und Vorbildcharakter haben“.

Der Zentralrat war dieses Mal von Berlin nach Frankfurt ausgewichen, künftig soll der nach dem großen Berliner Rabbiner Leo Baeck genannte Preis aber weiter in Berlin verliehen werden. Thierse äußerte sich skeptisch, ob es in den zurückliegenden Jahrzehnten gelungen sei, „die Erinnerung an unsere deutsche beschämende Geschichte des Antisemitismus an die nächste Generation weiter zu geben.“ Man müsse „Zweifel haben, ob eine nachhaltige Aufarbeitung gelungen ist“, sagte der zweithöchste Repräsentant des Staates. Ohne Namen zu nennen, erinnerte Thierse an „die Antisemitismusdebatte vom Frühsommer dieses Jahres – vom Zaun gebrochen aus wahltaktischen Überlegungen.“ Die Öffentlichkeit habe „erneut erleben müssen, dass in der politischen und literarischen

Diskussion plötzlich Anschauungen Platz greifen, die sich antisemitischer Vorurteile bedienen.“

Ohne den Namen des FDP-Vize Jürgen Möllemann zu nennen, ging auch der Präsident des Zentralrats, Paul Spiegel, auf jene unsägliche Auseinandersetzung ein. Ebenso wie er werde auch Iris Berben von Antisemiten und Rechten in Briefen beleidigt. „Dass aber ein führender deutscher Politiker einer demokratischen Partei eine Diskussion anzettelt, in deren Verlauf er dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon und meinem Stellvertreter Michel Friedman die Verantwortung für wachsenden Antisemitismus in Deutschland anlastet, hat uns tief bestürzt, ja hat uns entsetzt ... Wahrlich erstaunlich, ja unverständlich, dass eine solche Beleidigung, wie wir sie seit Ende des Holocaust nicht mehr erleiden mussten, für denjenigen, der sie wiederholt ausgesprochen hat, ohne jegliche Konsequenzen geblieben ist.“ Die Gäste reagierten mit anhaltendem Beifall. Zu ihnen gehörten die Botschafter Israels und Frankreichs, Shimon Stein und Claude Martin, der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rose, der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneidehahn, und die Vorsitzende der „Gauck-Behörde“, Marianne Birthler. Spiegel erläuterte die Auszeichnung für Iris Berben unter anderem so: „Schon seit vielen Jahren treten Sie mit großem Temperament und überzeugend ein für das Existenzrecht des Staates Israel in sicheren Grenzen. Kompromisslos sind Sie im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Vorurteile. Sie mischen sich ein, wenn Engagement nötig ist, und Sie zeigen Gesicht.“

Die 48. Preisträgerin sagte in ihrem kurzen Wort des Dankes: „Als ich vor über 30 Jahren zum ersten Mal nach Israel kam, kam ich aus einem Land des Schweigens. Ein junges deutsches Mädchen, verunsichert, verkrampt. Im Magen den unverdaulichen Stein der Geschichte. Im Kopf viele unbeantwortete Fragen und im Herzen ein Gefühl, sie besser nicht zu stellen.“ Die Auszeichnung verstehe sie auch als Verantwortung“.

Der Leo-Baeck-Preis ist mit 10 000 Euro dotiert. Iris Berben, die in fast 20 Spiel- und mehr als 60 TV-Filmen aufgetreten ist, will das Preisgeld einem Forschungsfonds an der Hebräischen Universität Jerusalem geben, der ihren Namen trägt. Der Leo-Baeck-Preis wird seit 1957 kurz vor dem jüdischen Neujahrsfest „Rosch Haschana“ verliehen. Iris Berben ist die sechste Frau, die mit ihm geehrt wurde.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

Die Gaffer

Eine Ausstellung dokumentiert das Zuschauerinteresse an den NS-Gräueltaten.

Auch heute wird noch von manchen an der Legende gestrickt, das nationalsozialistische Unrechtsregime habe überwiegend im Geheimen gewirkt. Übergriffe gegen politisch Andersdenkende, gegen Juden, Sinti und Roma hätten allenfalls in den Großstädten im Licht der Öffentlichkeit stattgefunden. Doch auch die Provinz war nie ein Hort des Unwissens. Das belegt eindrucksvoll die kürzlich eröffnete Fotoausstellung „Vor aller Augen“, die bis Mitte November am Bauzaun des Geländes Topographie des Terrors in Berlin zu sehen ist.

In fast vierjähriger Recherche trugen Klaus Hesse, Leiter der Fotoabteilung bei der Stiftung „Topographie des Terrors“, und sein Mitarbeiter Philipp Springer in Kommunalarchiven mehr als 1300 Fotos zusammen – Fotos, die zeigen, wie in deutschen Kleinstädten Frauen auf dem Marktplatz die Haare geschoren wurden, weil sie „Rassenschande“ begangen hatten. Fotos, auf denen zu sehen ist, wie kleine Synagogen – etwa die in Ober-Ramstadt – in Flammen aufgingen. Fotos, die illustrieren, wie etwa jüdische Männer in Bautzen von der SA durch die Stadt getrieben wurden. Und zu erkennen ist auf all' diesen Bilddokumenten eben auch, dass Demütigungen und Gräuelt „vor aller Augen“ stattfanden, dass die erzwungenen öffentlichen Schaustellungen von Anders-Denken oder Anders-Sein stets ein „dankbares“ Publikum fanden.

In rund 250 Stadt- und Gemeindearchiven wurden Hesse und Springer bei ihrer Recherche fündig. Die Ausstellung zeigt eine Auswahl von rund 150 der gefundenen Bilder, die thematisch in sechs Abschnitte gegliedert sind. Im Ausstellungsteil „Der frühe Terror“ geht es um die ersten Tage und Wochen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Vor allem politische Gegner der NSDAP wurden zu Opfern des „Macht-ergreifungsterrors“ – illustriert beispielsweise durch Fotos, die die Besetzung oder Zerstörung von Gewerkschaftshäusern und sozialdemokratischen Einrichtungen zeigen. Sozialdemokratische und kommunistische Politiker wurden, behängt mit sie schmähenden Tafeln, durch Städte wie Bergisch Gladbach, Heppenheim oder Gießen geführt.

Von Beginn an fanden Übergriffe auf Menschen jüdischen Glaubens statt, ebenfalls in aller Öffentlichkeit. Oft fotografiert und so auch mit etlichen Beispielen in der Ausstellung vertreten, sind die „Boykott-Aktionen“ gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte am 1. April 1933. Dabei ergaben sich oftmals skurrile Bildmotive, etwa jenes in Weilburg, das einen Mann mit einem Schild „Vernichtet das Grosskapital! Kauft beim Kleinhandel!“ vor einem eindeutig dem Kleinhandel zuzurechnenden jüdischen Laden zeigt. Großen Raum nimmt in der Ausstellung der Pogrom vom 9./10. November 1938 ein. Zuschauer gab es, auch das dokumentieren die Fotos, zumeist reichlich, als die Synagogen zerstört beziehungsweise in Brand gesetzt wurden: in Euskirchen, in Hof, in Rostock....

Geradezu auf Schaulustige angewiesen waren die Nazis bei ihren Demütigungsaktionen gegen „Rasseschänder“. Dabei wurde säuberlich unterschieden: Die zumeist männlichen Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangenen, die eine Beziehung zu einer deutschen Frau eingegangen waren, wurden erschossen. Die Frauen wurden an den Pranger gestellt, bevor sie im Zuchthaus oder KZ landeten. Die zahlreichen gezeigten Fotos vom öffentlichen Haarscheren dieser Frauen vermitteln bedrückend die Schau- und Sensationslust der zahlreichen anwesenden Gaffer – ob in Oberriexingen, Reichenbach oder Horb.

Vor vieler Augen fanden schließlich auch die Deportationen der deutschen Juden ab 1940 statt. Die Nazi-Schergen gaben sich keineswegs Mühe, die Menschen heimlich, bei Nacht und Nebel zu den Bahnhöfen zu treiben. So ist beispielsweise auf einem Bild zu sehen, wie Juden aus dem Ort Kitzingen nach Würzburg gebracht werden – beobachtet von einer Gruppe von Passanten.

Die Dokumentation schließt mit dem Epilog „Die Verwertung jüdischen Eigentums“. Dieser Teil ist nun, wie die Ausstellungsmacher schreiben, „durch fotografische Quellen allenfalls bruchstückhaft zu erfassen“. Gleichwohl war es ihnen wichtig, diesen Aspekt zumindest textlich und mit einigen wenigen Bildern aufzunehmen.

Eine Ausstellung, die nahe geht und nachdenklich macht.

Gudrun Giese

Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz, bis zum 17. November am Bauzaun, Gelände Topographie des Terrors, Eingang Wilhelmstraße in Berlin. Zur Ausstellung ist ein Katalog mit rund 335 Bilddokumenten im Klartext Verlag, Essen 2002, erschienen. Er kostet 19,90 Euro.

Demokratische Initiativen**Probleme erkennen****Rechtspopulistische Strömungen in Europa – Ursachen und Konsequenzen.**

In Österreich, Italien, Dänemark, Norwegen und den Niederlanden haben rechte Parteien mit populistischen Methoden spektakuläre Wahlerfolge erzielt: Sie greifen vorhandene Ängste vor Überfremdung, sozialem Abstieg, Arbeitslosigkeit und den Folgen der Globalisierung auf, brechen gezielt Tabus und liefern scheinbar einfache Lösungen. Über Ursachen und Konsequenzen des Phänomens diskutierten Mitte September Wissenschaftler, Politiker und Journalisten auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Parteien wie die FPÖ bieten einen „autoritären Raum der Wärme“, so Caspar Eimen. Der österreichische Sozialdemokrat und ehemalige Bundesminister sieht den Erfolg von Haider und Co vor allem darin begründet, dass sich die vom Staat und den großen Volksparteien Enttäuschten endlich ernst genommen fühlen. Aber auch junge Aufsteiger, so Einem, teilten deren Staats- und Sozialstaatskepsis – wenngleich aus anderen Gründen.

In Deutschland sieht die Situation ein wenig anders aus. Zwar zeige der angebliche Tabu-Bruch Jürgen Möllemanns, so der Historiker Wolfgang Benz, dass sich auch zunehmend Politiker etablierter Parteien populistischer Methoden bedienen. Rechtspopulistische Parteien wie die Schill-Partei haben dennoch keine Chance, auf nationaler Ebene Fuß zu fassen. Ein Grund hierfür liege im Föderalismus, so der Politologe Frank Decker. Wähler bräuchten ihrem Unmut nicht erst bei Bundestagswahlen Luft zu machen. Außerdem so Decker, schließe die nationalsozialistische Vergangenheit einen unbefangenen Umgang mit den Rechtspopulisten aus.

Doch nicht alle Tabus machen Sinn. In den Niederlanden waren die Rechten unter anderem so erfolgreich, weil eine offensichtlich teilweise verfehlte Migrations- und Integrationspolitik tabuisiert wurde. Genau hier muss angesetzt werden, wenn das Projekt Europa vorangetrieben werden soll. „Wir müssen die Probleme endlich wahrnehmen, die Tabukulisse entrümpeln und echte Lösungen anbieten“, so Gerhard Schmid, Vizepräsident des Europäischen Parlaments. *Vera Büttner*

Nachruf**Ein aktiver Demokrat**

Im 98. Lebensjahr ist Ludwig Gehm, stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS), im August in Frankfurt verstorben. Als aktiver Widerstandskämpfer gegen die Gewaltherrschaft der Nazis, hauptamtlicher Partei-Sekretär und SPD-Stadtverordneter hat Gehm für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit gefochten. Bis zuletzt stand er als engagierter Zeitzeuge zur Verfügung. Sein Lebenslauf, von der Journalistin Antje Dertinger liebevoll in dem Buch „Der treue Partisan“ (Dietz Verlag, Bonn, 1989) akribisch aufgezeichnet, ist ein Stück lebendige Zeitgeschichte.

1933 war Ludwig Gehm, aktives Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, in den politischen Widerstand gegangen. Es folgten Kurierdienste, Sabotage, Transporte von Gefährdeten ins Ausland, Beschaffung von Informationen und – unweigerlich die Folgen dieser Tätigkeit während der NS-Diktatur: Verhaftung, Verhöre, Verurteilung, Einweisung ins Konzentrationslager Buchenwald, in dem er vom Januar 1939 bis Juni 1943 inhaftiert blieb. Dort wurde Gehm schrecklich gequält. Er war drei Monate arbeitsunfähig und konnte nur überleben, weil er von seinen Genossen im Block 39 versteckt und gefüttert wurde. Nach seiner Entlassung wurde Gehm ins Strafbataillon 999 gesteckt und zum Einsatz nach Jugoslawien und Griechenland abkommandiert. Es folgten Desertion und Partisanenkampf auf griechischer Seite, britische Kriegsgefangenschaft in Ägypten, Heimkehr nach Frankfurt am 4. Januar 1947.

Unvergessen bleibt all jenen, die Gehm kannten, die wiederholt von ihm beschriebene „Autobahn-Aktion“ vom 19. Mai 1935. An dem Tag wollte Hitler feierlich das erste Autobahnteilstück von Darmstadt nach Frankfurt eröffnen, das unter der NS-Herrschaft fertiggestellt worden war. Doch Gehm und Genossen hatten die Lautsprecherkabel durchtrennt. Gehm: „Da übertrugen einige der zwölf riesigen Geräte eben einfach nichts.“ Die Parolen „Hitler = Krieg“ und „Nieder mit Hitler“ an der Strecke waren vor dem Eintreffen Hitlers von der Staatsmacht mühsam verdeckt worden. „Antrieb“ für diese Aktion war, es „denjenigen, die innerlich gar nicht für die Nazis waren, zu zeigen: dass es noch andere gibt“, sagte Gehm. *Anton Maegerle*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Nation&Europa“ (NE), 52. Jg., Heft 9/2002:**

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl kann es nicht verwundern, wenn die extreme Rechte Fehler von Politik und Gesellschaft aufgreift, um die angebliche Hinfälligkeit des Systems zu beweisen. Dem sind gleich drei Beiträge gewidmet. „Das System kippt“, titelt Roland Wuttke und kritisiert Fehlentwicklungen in den großen Kapitalfirmen (Bilanzschwindel, überhöhte Vorstandsbezüge, die Regierungschefs Bush und Chirac, denen Klagen wegen Korruption beziehungsweise unklarer Finanzgeschäfte drohen – der an Skandalen reiche Rechtsaußen Berlusconi wird bemerkenswerterweise nicht erwähnt). Das Fehlen nationalen Bewusstseins macht man als Grund für die kritisierte Richtungslosigkeit der deutschen Politik aus; die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Sachzwängen übernommene politische, wirtschaftliche und militärische Führungsschicht – die alten Nazis? – habe alsbald die „nationale Vision“ verloren. Am Empfang für Honecker 1987 wird das Einverständnis der westdeutschen Führung mit der deutschen Teilung festgemacht. Als Beweis für den nationalen Niedergang dienen Berichte über zunehmende Korruption. Die Globalisierung unter der Führung der „asozialen Weltmacht“ USA wird als kapitalistischer Raubzug kritisiert.

Das Kabinettstück der Ausgabe ist freilich das Interview mit Roland B. Schill, wobei von Schill auch der – so angeblich beim Thema Zuwanderung – „weichgespülte“ und „sozialdemokratisierte“ Unionskandidat Edmund Stoiber kritisiert wird. Für den Auftritt des Hamburger Innensenators in NE, einem Blatt, das im Visier der Verfassungsschutzbehörden steht, müssten seine Koalitionspartner CDU und FDP durchaus Erklärungsbedarf haben.

Verhaltenes Lob für seine Abstinenz zum Irakabenteuer – „aus wahltaktischen Gründen am Rande des Abgrunds“ – erhält von Franz Schönhuber der Bundeskanzler, eine deutliche Absage der Unionskandidat und dessen Innenminister, „unter dem, falls man einer Aussage Theo Waigels folgen darf, die Legasthenie zur Amtssprache wird“. Auf die selbst gestellte Frage nach dem dritten Weg bezeichnet Schönhuber den „Rückgriff auf nationalsozialistisches Gedankengut“ als „fatal“, weil sich der Nationalsozialismus „durch seinen verbreche-

rischen Rassismus für alle Zeiten diskreditiert“ habe, wiewohl in Italien „eine gewisse Renaissance des Faschismus“ beobachtet werden könne. Nicht in Linie mit NE (und der Veralberung der Diskussion über Ursachen und Zusammenhänge der Flutkatastrophe im Editorial durch Harald Neubauer) verweist er auf die ökologischen Sturmsignale: „Verbesserungsvorschläge werden durch weltweite Lobby zu Fall gebracht“. Wäre nicht der unappetitliche Antiamerikanismus und Antijudaismus („Sie wissen, was Globalisierung bedeutet, nämlich Amerikanisierung und Judaisierung“), man könnte Franz Schönhuber direkt als diskussionsbereiten, aufgeklärten Analysten der Zeitgeschichte empfinden. Wolfgang Strauss weist den Antisemitismusvorwurf gegen Alexander Solschenizyn im FAZ-Beitrag von Arno Lustiger zurück und bringt ihn „mit dem von Schirmmacher ausgeweiteten Antisemitismus-Streit, also mit der Affäre Friedman/Möllerleemann“ in Verbindung. Strauss zählt Solschenizyn „gemeinsam mit Ernst Nolte ... zu den Wegbereitern des historischen Revisionismus“. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 35-36/2002:

„Ehe und Familie in ihren geistig-sittlichen Grundlagen bedroht“ sieht Michael Wiesberg durch „linke Sexualnihilisten, die ihre Leseart mittels Hilfe ihrer Sympathisanten in Medien und Politik gegen das Empfinden der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung durchzusetzen trachten“. Skeptisch zeigt sich Kurt Zach über die „schönfärberische und apologetische Tendenz“ des Berichts der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, der „einen Rekord an Einbürgerungen“ als Erfolg feiere und im „Ideologischen“ begründet sei. Klaus Motschmann sieht in der Spendenbereitschaft für die Opfer der Flutkatastrophe das „in Jahrhunderten gewachsene Zusammengehörigkeitsgefühl eines Volkes“, das „vorübergehend zwar zurückgedrängt, aber nicht auf Dauer verdrängt und ignoriert werden kann“. Aufgerufen wird in der JF zu einer Aktion des „Freibund“, um „Nationale Solidarität“ zu üben. Als das Gebot der Stunde zu „dringenden Fragen wie EU-Bürokratie, Zuwanderung, Souveränitätsrechte und Kriminalität“ sieht Andreas Mölzer einen Verbund der europäischen „Rechtsdemokraten“. Eine 4-seitige Sonderbeilage präsentiert das Rechtsblatt anlässlich des 100. Geburtstags über Leni Riefenstahl und deren Werk. Selbst heute noch, so Thorsten Thaler, müsse sie sich Fragen nach ihrer NS-Verstrickung stellen, und das werfe „ein gespenstisches Licht auf ein Land, das seine besten Köpfe noch stets wie illegitime Stiefkinder behandelt“ habe. (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Lars Burmeister, vormalis FAP-Landesvorsitzender in Berlin-Brandenburg und FAP-Beauftragter für „Mitteldeutschland“, wurde vom Amtsgericht Berlin für seine Beteiligung an der Erstellung und Verbreitung der Rechtsrock-CD „Noten des Hasses“ der Neonaziband „White Aryan Rebels“ zu einer 22-monatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Burmeister ist unter anderem rechtskräftig wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und das Uniformgesetz verurteilt. 1995 wurde Burmeister im norwegischen Oslo verhaftet und im Folgejahr in die Bundesrepublik ausgeliefert. Er wurde mit Haftbefehl gesucht, da er mit neun weiteren Neonazis an einem Überfall im Mai 1992 in Berlin beteiligt war, bei dem drei Personen schwer verletzt wurden.

■ **Dortmund** – Ein Wahlkampfauftritt des Hamburger Innensenators Ronald Barnabas Schill in Dortmund hatte ein Nachspiel im Düsseldorfer Landtag. Hintergrund: Zwei Leibwächter des Rechtspopulisten hatten bei einer Schill-Kundgebung am 7. September ihre Waffen gezogen und sie in die Richtung von Gegendemonstranten gerichtet, die Schill mit Trillerpfeifen und Sprechchören störten. Die Bodyguards berichteten anschließend, sie hätten sich selbst und Schill von einem Kampfhund bedroht gefühlt. Das Verhalten der beiden Hamburger Polizisten sei „zweifelloso unangemessen“ gewesen, hieß es dazu im NRW-Innenministerium. Man habe sich in Dortmund „doch nicht im Kampf gegen eine Stadtguerilla“ befunden, erklärte ein Ministeriumssprecher. Die SPD-Fraktion hatte eine Behandlung des Themas im Innenausschuss des Landtags verlangt: Es sei „unerträglich, wenn offenbar überforderte Personenschützer so überreagieren“. NRW-Innenminister Fritz Behrens (SPD) nannte den Waffeneinsatz völlig inakzeptabel und eine „deutliche Überreaktion“.

■ **Duisburg** – In der in Neonazi-Kreisen bundesweit bekannten Schrift „Der Förderturm“ (Postfachadresse: Bottrop; zuvor: Duisburg), einem „Projekt Freier Nationalisten aus dem Ruhrpott“, werden hinter den Terrorakten gegen die USA vom 11. September 2001 die Geheimdienste Mossad und CIA vermutet: „Einzig und allein zionistische Kreise konnten mit Hilfe einiger amerikanischer eingeweihter Kreise diese Anschläge durchführen.“

... Der Vorwand zum Beginn des neuen Nahostkrieges, an dessen Ende die 'Welthauptstadt Jerusalem' stehen soll, ist somit gegeben.“ „Der Förderturm“ wurde Ende 2000 gegründet und erscheint unregelmäßig in einer Auflage von circa 1000 Exemplaren. Beim letztjährigen Pressefest des NPD-nahen Deutsche Stimme-Verlags waren die „Förderturm“-Macher mit einem eigenen Informationsstand zugegen.

■ **Freiburg** – Die rechtsextreme NPD musste bei einer geplanten Demonstration im südbadischen Freiburg am 14. September die Schlappe des Jahres hinnehmen. 108 Rechten standen rund 15 000 (!) Bürger gegenüber. Trotz der Übermacht der Gegendemonstranten wollte die NPD ihren Aufzug durchsetzen. Die Polizei sah sich allerdings nicht in der Lage, die Straßen zu räumen. Mehrere Stunden mussten die Kameraden vor dem Freiburger Hauptbahnhof warten, einige sogar in Strümpfen, weil sie trotz Verbots in Springerstiefel zur Demo gekommen waren. Erst am Nachmittag wurde der NPD-Aufmarsch vom Veranstalter für gescheitert erklärt und abgeblasen.

■ **Gränitz** – Der einstige NPD-Bundesvorsitzende und jetzige Jura-Student Günter Deckert (62) hat wieder Ärger mit der Justiz. Am Abend des 17. August hat er einen Siegelbruch an dem von ihm Ende des vergangenen Jahres erworbenen alten Gasthofs von Gränitz begangen (vgl. BnR 13/02). Im Juni war ein Baustopp wegen fehlender Genehmigung verhängt und das Gebäude durch die Behörden versiegelt worden. Deckert brach die Siegel im Juni postwendend auf, was eine Anzeige nach sich zog. Nun erhielt der in flagranti gestellte Wiederholungstäter im August einen Platzverweis ausgesprochen und wurde erneut angezeigt.

■ **Grevesmühlen/Wöbbelin/Wittstock** – Eine jüdische Gedenkstätte auf dem früheren jüdischen Friedhof in Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) bei Wismar ist von unbekannten Tätern geschändet worden. Mit roter Signalfarbe wurde unter anderem ein Hakenkreuz auf den Gedenkstein gesprüht. Einer Schändung fiel auch der jüdische Friedhof bei Bützow im Kreis Güstrow zum Opfer. Unbekannte stießen zehn Grabsteine um, einige davon wurden zerschlagen. Die Täter beschmierten zwei Grabmale mit je einem Hakenkreuz und einer SS-Rune. Nahezu zeitgleich wurden ein Anschlag auf die Außenstelle des ehemaligen Konzentrationslagers Wöbbelin südlich von Schwerin verübt und Brandsätze in der Nähe von

Wittstock in ein Museum des Todesmarsches geschleudert. Einer der beiden Ausstellungsräume brannte komplett aus. Die Täter hinterließen NS-Symbole und antisemitische Schmierereien. Im Jahr 2001 wurden in Mecklenburg-Vorpommern nach Angaben des Landesinnenministeriums 44 antisemitische Straftaten registriert. Im ersten Halbjahr 2002 waren es bereits 33.

■ **Heidelberg** – Der Heidelberger Kriminalbeamte Rainer Peuse sorgt in den Reihen der Polizei für Unmut. Der Beamte steht als Kandidat der Schill-Partei auf Platz 9 der baden-württembergischen Landesliste. Besonders pikant: Peuse ist ausgerechnet beim Staatsschutz-Dezernat der Heidelberger Polizei für die Aufklärung rechtsextremer Straftaten verantwortlich.

■ **Kirchberg** – Die württembergische Stadt Kirchberg an der Jagst hat einem Bauvorhaben des rechtsextremen Vereins Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer) zugestimmt. Dieser will sein „Jugendheim Hohenlohe“, einen ehemaligen Bauernhof, im Dorf Herboldshausen ausbauen. Das Haus ist seit etwa 30 Jahren im Besitz des Bund für Gotterkenntnis, der das antiparlamentarisch, rassistisch und antisemitisch geprägte Gedankengut der Matilde Ludendorff verbreitet. Sie wurde 1949 von einer Münchner Spruchkammer als „Belastete“ unter anderem zu einem Jahr Sonderarbeit, Entzug der Pension, sieben Jahren Berufsverbot und 50-prozentigem Vermögenseinzug wegen „außerordentlicher Begünstigung des Nazismus“ verurteilt. Im „Jugendheim Hohenlohe“ hält der Bund für Gotterkenntnis Wochenendtagungen und Ferienlager ab, an denen Personen aus dem gesamten süddeutschen Raum sowie aus Österreich und der Schweiz teilnehmen. Vorsitzender des „Bundes“ ist der Internist Gunther Duda, vormals Referent bei der Wiking-Jugend (WJ) und der „Notverwaltung des Deutschen Ostens“. Anzeigen des Ludendorff-Verlages Hohe Warte werden immer wieder in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ geschaltet.

■ **Konstanz** – Das Landgericht Konstanz hat ein ehemaliges Mitglied der „Kameradschaft Brigachtal“ wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu drei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der 21-jährige Skinhead Patrick S. aus Bräunlingen (Schwarzwald-Baar-Kreis) hatte bei einem Volksfest ein Bierglas auf einen Russlanddeutschen geworfen. Ein Glassplitter traf den 17-jährigen an der Halsschlagader. Er verblutete noch

bevor der Notarzt eintraf. Das Gericht sah in der Tat keinen rechtsextremen Hintergrund. Eine Auseinandersetzung zwischen zwei Jugendgruppen sei im Bierzelt eskaliert. Der 21-jährige Patrick S. ist unter anderem wegen eines gewalttätigen Übergriffs auf einen Punker vorbestraft. Inzwischen hat er sich von der Szene distanziert. Er ist auch in das Aussteigerprogramm des Landeskriminalamtes in Stuttgart aufgenommen worden.

■ **Lübeck** – Das im Mai 1998 gegründete neonazistische Bündnis Rechts baut seine Stützpunkte landesweit aus. Die Bundesgeschäftsstelle in Lübeck leitet Dieter Kern. Weitere Statthalter finden sich in Hamburg (Detlev Brüel), Mecklenburg-Vorpommern (Reinhart Eggert), Baden-Württemberg (Melanie Hehr), Bayern (Dennis Entenmann), Brandenburg (Michael Fischer), Sachsen (Enrico Kehring), Hessen (Bernd Tödter) und Nordrhein-Westfalen (Marcel Müller).

■ **München** – Der rechtsextreme Publizist Hans-Dietrich Sander (Jg. 1928), zuletzt Herausgeber der „Staatsbriefe“, ruft zur Wahlenthaltung auf. Sanders Auffassung nach hat es „keine einzige Partei verdient, in den Bundestag gewählt zu werden.“ Bundeskanzler Schröder wird von Sander, der 1998 rechtskräftig wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer 8-monatigen Haftstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe von 4000 DM verurteilt wurde, als „Tanzbär des Zentralrats“ und „kläffender Köter der wankenden Weltmacht USA“ beschimpft. Nicht wählbar ist für Sander ebenso Roland Schill: „Er hat die etablierten Politiker im Bundestag mit Recht als unfähig bezeichnet. Er selbst ist aber auch unfähig.“

■ **Nürnberg** – Der ehemalige Oberstudienrat und Geschichtsrevisionist Hans Jürgen Witzsch (62) muss eine Haftstrafe antreten. Das Bayerische Oberste Landesgericht verwarf die Revision des früheren CSU-Stadtrates von Fürth als unbegründet. Damit muss Witzsch eine dreimonatige Strafe des Fürther Amtsgerichts wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verbüßen. Richter Kriegel wies den über das Urteil empörten Witzsch zurecht: „In ihrem gelobten Dritten Reich wären Sie wegen Attacken auf Staat und Justiz binnen Stunden von smarten Männern in Ledermänteln ins KZ abgeführt worden.“ Die Berufung des mehrfach vorbestraften Witzsch war vom Landgericht Nürnberg am 28. Januar zurückgewiesen worden (vgl. BnR 3/02). Der im Jahr 2000 aus dem Schuldienst

entlassene Geschichtslehrer muss außerdem vier Monate Haft aus einem anderen Verfahren absitzen.

■ **Schwarzenborn/Knüll** – Auch der aktuelle Rundbrief der Deutschen Bürgerinitiative von Manfred Roeder (73) stammt von Philip Tschentscher. Roeder selbst wurde am 25. Juni verhaftet und sitzt in der Justizvollzugsanstalt Waldeck ein. Zwar dürfe Roeder dort keinerlei Geld besitzen. Doch Spenden an das „altbekannte Konto“, so Tschentscher im Rundbrief, „kommen nur Manfred Roeder und seiner Arbeit zu Gute, sie gehen nicht verloren und sie werden auch nur zur Verfolgung unserer politischen Ziele und unserer Arbeit eingesetzt. Da sich viele Kameraden erkundigt haben, ob das Geld auch ordnungsgemäß verwahrt und verwaltet wird, möchte ich dies hier noch einmal bekräftigen.“ Doch wird nicht nur zu Geld- und Briefmarkenspenden für den fleißig schreibenden Roeder aufgerufen. Auch Arbeitseinsätze, wie das Anlegen eines Gemüse- und Blumenbeetes und die Renovierung des Gästehauses, stehen auf dem Programm. Die Arbeit von Roeder wird „von hilfsbereiten Jugendlichen (kurz: HJ) weitergeführt.“

■ **Ulm** – Steffen Hammer (Ulm), langjähriger Sänger der Stuttgarter Skinband „Noie Werte“, betreibt neuerdings eine eigene Homepage namens „internet-scheidung.com“. Der Scheidungs-Rechtsanwalt Hammer gehört der Anwaltskammer Stuttgart an. „Noie Werte“ ist seit 1987 aktiv und zählt zu den am längsten bestehenden Skinbands in der Szene. Ihre 1991 veröffentlichter Tonträger „Kraft für Deutschland“ wurde 1992 durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Bei Veranstaltungen von „Noie Werte“ kommt es nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes „immer wieder zu Verstößen gegen Strafrechtsvorschriften durch Konzertbesucher.“ „Noie Werte“ spielt immer wieder bei NPD-Veranstaltungen auf. Gründungsmitglied von „Noie Werte“ ist der heutige baden-württembergische NPD-Funktionär Michael Wendland.

■ **Wuppertal** – Der CDU-Kreisvorstand Wuppertal hat sein Parteimitglied Stefan Gloge wegen des „Tatbestands“ der Doppelmitgliedschaft ausgeschlossen. Gloge, der 1988 der CDU beitrug, war von 1999 bis 2001 auch Mitglied der NPD. Burschenschaftler Gloge, Unterzeichner des JF-Appells an die Bundeswehr „Gegen die Entlassung konservativer Soldaten“, betrieb bis in die jüngste Zeit mit einem Unions-Mitglied eine Internet-Firma, zu deren Kunden auch die Wuppertaler CDU gehörte.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 19/2002 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

Ausland

■ **Österreich (Wien)** – Der österreichische Neonazi Sascha Gasthuber (BnR 10/01), Aktivist der „Kameradschaft Germania Wien“, betreibt neuerdings im Internet eine Homepage mit dem Namen „Deutsche-Kinder.org“. Geschickt eingebettet zwischen Kategorien wie „Stoppt die feigen Morde der Ausländer“ oder „Nordische Mythologie“ (Germanische Riesen, Runen) können auch politisch unverfängliche Kinderlieder heruntergeladen werden; darunter Titel wie „Die kleine Raupe nimmersatt“ oder „Schlaf Kindlein schlaf“.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.